

offenbar selber nicht, wenigstens ist diese Frage noch nicht klar beantwortet worden.

Immer strebe zum Ganzen, und kamst du selber kein Ganzes sein, als dienendes Glied schließ an ein Ganzes dich an, sagt unser großer Dichter Friedrich Schiller.

Obwohl die kommunistischen und syndikalistischen Spaltplage lediglich die Rolle der ehemaligen Gelben weiter spielen und mit den Werkbesitzern an einem Strange ziehen, könnte man sie sich selbst überlassen, wenn sie nicht der Opferischen der Unorganisierten dienen.

Wer nicht läßt, soll auch nicht ernten. Die schmarozende Opferische hat keine Existenzberechtigung, ob sie nun gelb oder

rot ist, in die Erscheinung tritt. Nicht auf die Worte kommt es an, sondern auf die Taten. Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns und muß auch als Gegner behandelt werden.

In unserem Verbands ist Raum für alle, die ehrlich mitarbeiten und mitkämpfen wollen für das Gesamtwohl. Geisigend und richtunggebend ist der Mehrheitswille der Mitglieder.

Unser alter Verband ist in Kampf und Sturm geboren und groß geworden. Wir hatten so manche verheerende Schicksal und haben die Sonne doch schimmern.

Kriegsstatistik der freien Gewerkschaften.

Als im Jahre 1914 der Weltkrieg über Deutschland urplötzlich herbrach, erschien auch der Fortbestand der Gewerkschaften auf das ernstlich gefährdet.

Nach Kriegsausbruch hat sich der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes dazu entschlossen, mit Rücksicht auf den historischen Wert der Erhebungen, die manchen Aufschluß über den Einfluß des Krieges auf die Gewerkschaften bieten, das mit so viel Mühe und großer Mühe eingetragene Material zusammenzufassen.

Ein besonderer Wert der Kriegsstatistiken liegt darin, daß sie auch Angaben über die Zahl der neu eingetretenen und der ausgeschiedenen Mitglieder enthält und damit erst die tatsächliche Mitgliederbewegung seit dem Kriegsausbruch während der Kriegsjahre erkennen läßt.

Am 30. Juni 1917 ab die prozentuale Zahl nicht unerheblich. Diese Erhebung wird bedingt durch den mit Anfang des Jahres 1917 eingeleiteten Mitgliederüberwachs der Gewerkschaften, der Anteil der Einberufenen an der Gesamtzahl wird dadurch vermindert.

Am 30. Juni 1917 waren einberufen: 30. Januar 1915: 34,1 Proz., 31. Juli 1915: 46,4 Proz., 31. Dezember 1915: 59,7 Proz., 30. Juni 1916: 61,5 Proz., 31. Dezember 1916: 64,1 Proz., 30. Juni 1917: 62,2 Proz., 31. Dezember 1918: 59,3 Proz., 30. September 1918: 57,6 Proz. der männlichen Mitglieder.

Schlachtfeldern gefallen oder in den Lazaretten verstorben sind. Ungeheure Opfer an Menschenleben, wenn man sich diesen Todesanteil übertragen auf alle Eingezogenen zahlenmäßig vorstellt.

Der Mitgliederbestand der Zentralverbände hatte bis zum Schlusse des Jahres 1916 von Quartal zu Quartal eine ständige Abnahme erfahren. Sodann trat eine Aufwärtsbewegung ein. Am 30. Juni 1917 kam eine Vermehrung um 139 438 Mitglieder = 14,7 Proz. bezeichnet werden.

Die durch die Kriegsstatistiken gemachten Feststellungen über den Grad der Arbeitslosigkeit geben ein Spiegelbild der Gestaltung des Wirtschaftslebens während der Kriegsjahre. Die anfangs September 1914 vorgenommene Erhebung verzeichnet 370 126 Arbeitslose = 21,2 Proz. der an der Vorkriegszeit beschäftigten Mitglieder.

In den Zahlen der Arbeitslosen allein kommt jedoch die nach Ausbruch des Krieges eingetretene Beschäftigungslosigkeit nicht zum vollen Ausdruck. Im großen Umfange wurde in verschiedenen Gewerben eine partei Verletzung der Arbeitszeit vorgenommen, um die völlige Arbeitslosigkeit möglichst einzuschränken.

Unter dem Eindruck der in den ersten Tagen nach Ausbruch des Krieges eingetretenen allgemeinen Störung des Wirtschaftslebens hielt es die Mehrzahl der Verbände für unmöglich, daß während der Dauer des Krieges die jahresmäßigen Unterhaltungen im vollen Umfange weitergeführt werden könnten.

Die Kriegsstatistiken geben von den Unterhaltungsausgaben der Zentralverbände ein von den Gewerkschaftsstatistiken abweichendes Bild. Es erscheinen hier die Ausgaben nicht in jährlichen Abschnitten, sondern in den durch die Verbände der Fortschreibungszahlen als Gesamterhebung während des Krieges, in funktionsweiser Einteilung der Ausgaben.

Die Kriegsstatistiken geben von den Unterhaltungsausgaben der Zentralverbände ein von den Gewerkschaftsstatistiken abweichendes Bild. Es erscheinen hier die Ausgaben nicht in jährlichen Abschnitten, sondern in den durch die Verbände der Fortschreibungszahlen als Gesamterhebung während des Krieges, in funktionsweiser Einteilung der Ausgaben.

Mit dem Ausbruch des Krieges schloß für die freien Gewerkschaften ein geschichtlicher Entwicklungsschnitt ab. Es war die Zeit der organisatorischen Schulung der Arbeiterklasse zur wirksamen Vertretung ihrer wirtschaftlichen Angelegenheiten.

In diesem Sinne bedeutet die Kriegszeit ein Uebergangsstadium von einer vergangenen zu einer neuen Epoche gewerkschaftlicher Tätigkeit. Die Aufgabe, die sich die Gewerkschaftsleitungen beim Ausbruch des Krieges stellten, der Arbeiterklasse ihre gewerkschaftlichen Organisationen über die Kriegszeit hinweg zu erhalten, wurde erfolgreich gelöst.

Gewerkschaften erfassen und in sich aufnehmen konnten. Damit wurde die erweiterte Aktionsfähigkeit des Proletariats zusammengefaßt, in eine einheitliche Richtung gebracht und auf das gleiche Ziel gelenkt.

Uns der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Wort an die Bergarbeiter!

In den landwirtschaftlichen Kreisen des Industriegebietes werden vorwiegend junge Arbeitskräfte bis höchstens 20 Jahren beschäftigt. Es sind meist Söhne und Töchter der Bergleute, die hier in unverantwortlicher Weise ausgebildet werden.

Der Deutsche Landarbeiter-Verband ist geküßt, mit aller Entschiedenheit die Interessen dieser ohne Schutz dastehenden Lohnsklaven zu vertreten. Wir richten das dringende Ersuchen an die gesamte Industriearbeiterklasse, dafür zu sorgen, daß sich ihre Kinder organisieren und nicht, wie wir es schon erlebt haben, ihre organisierten Arbeiter ihren Kindern den Eintritt in den Deutschen Landarbeiter-Verband verbieten.

Amnestie-Vorträge im Reichstag.

Am 22. Juli waren in Berlin beim preussischen Minister des Innern, beim Reichsjustizministerium und in der Reichskanzlei Meyer-Düffelberg, Sommer-Hagen und Steinhilber-Olsen vorstellig, welche auf einer Konferenz der Märzunterstützungskommissionen des Industriegebietes gewählt waren, um dort vorzutragen, daß sich aus der unterschiedlichen Behandlung der Rapp-Anhänger gegenüber der Arbeiterklasse eine unhaltbare Situation entwickeln konnte.

Die Beratungen ergaben von den Regierungstellen zustimmende Erklärungen, daß etwas geschehen müsse und besonders der Reichsjustizminister sagte aus, daß am besten alle Prozesse, die aus den Märzereignissen entstanden, durch ein Amnestiegesetz erledigt würden. Er hoffte, daß im Reichstag sich eine Mehrheit finde, die der Gerechtigkeit entsprechenden Vorträge zum Beschluß erhebe.

Die Konferenz der Vertreter der in unserem Verband organisierten Bergarbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, welche am 25. Juli in der Tonhalle in Bochum tagte, hat einstimmig einen Amnestievortrag gefordert für alle Personen, welche aus Anlaß des Rapp-Bußes für die Verfassung gekämpft haben.

Ausführung des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Vom 6. bis 8. Juli tagte der Aufschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Berliner Gewerkschaftshaus. An erster Stelle stand die Beratung der Geschäfts- und Kassenberichte des Bundesvorstandes für das Jahr 1919. Die Gesamteinnahmen des Bundesvorstandes betragen 1 270 116,01 M.

Die obersteinstehenden Gewerkschaftsmitglieder haben angefaßt der Schwerkriegsliste, die dem Eingange der deutschen Gewerkschaftspresse in jenem Gebiet bereitet werden, mit Zustimmung des Bundesvorstandes ein eigenes Gewerkschaftsblatt begründet, das zurzeit keiner Zuschüsse bedarf.

Der Anregung, jungen Juristen (Referendare) in den Gewerkschaftsbüros die Möglichkeit einer gewissen Ausbildung zu geben, und sie zugleich den Auffassungen und Bedürfnissen der Gewerkschaften näherzubringen, stimmte der Ausschuß zu. Die Statistische Kommission wurde auf 9 Personen bestimmt und neu gewählt.

Bei Erhebung von Grenzschätzungen hat die Stellungnahme von Mitgliedern der Generalkommission bei Vorstand und Funktionen des Fabrikarbeiterverbandes wiederholt die Auffassung ausgefaßt, der Fabrikarbeiterverband gelte mit anderen Verbänden nicht als gleichberechtigt und es werde anderen Verbänden leicht gemacht, ihr Tätigkeitsgebiet zum Nachteil des Fabrikarbeiterverbandes zu vergrößern.

Diese Auffassung ist nicht richtig; gleichwohl gibt der Bundesvorstand als Rechtsnachfolger der Generalkommission die Erklärung ab, daß er Anträge auf das Gebiet des Fabrikarbeiterverbandes, insbesondere auch bei Gründung von Industrieverbänden, nur nach Verständigung mit dem Fabrikarbeiterverband qualifizieren, und diesen, wenn eine Verständigung nicht erfolgt, bei der Verteidigung seines Organisationsgebietes unterstützen wird.

Dann folgten die Beratungen über die Organisation der Betriebsräte und die Herausgabe einer Betriebsräte-Zeitung ein. Mit den gleichen Fragen hatte sich eine am 5. Juli in Berlin stattgehabte Konferenz der Delegations- und Bezirksleiter beschäftigt. Letzten berichtete über diese Konferenz und über die seither in Gemeinschaft mit der 'Asa' getanen Schritte zur Zusammenfassung und Schulung der Betriebsräte. Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes wünscht die Einsetzung eines Beirats bei der Gewerkschaftlichen Zentrale der Betriebsräte sowie eine direkte Vertretung in der letzteren.

1. Es ist rund 1 Mill. Tonnen Mehrförderung gegenüber der Produktion erforderlich, wenn trotz der bevorstehenden Ablieferung an den Verband unsere deutsche Wirtschaft auch nur in ihrem heutigen Stande aufrecht erhalten bleiben soll.
2. Die Braunkohlenindustrie soll stärker herangezogen werden. Dazu ist erforderlich, daß die Transportverhältnisse für Braunkohle auf lange Sicht gebessert werden, daß die in Betracht kommenden Abnehmer sich auf die Benutzung der Braunkohle einstellen und daß die notwendigen maschinellen Verbesserungen durchgeführt werden.
3. Zunächst ist eine allgemeine Besserung der Lebenshaltung der Bergarbeiter in Angriff zu nehmen.
4. Das bestehende Lebensniveau der Bergarbeiter soll nicht gelindert werden, etwaige Meinungsverschiedenheiten in baldigen Verhandlungen geklärt werden.
5. Es empfiehlt sich, daß zunächst die beiderseitigen Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Beratung darüber eintreten, welche Maßnahmen zu der Mehrförderung zu ergreifen sind.
6. Hierfür sollen gemeinsame Beratungen innerhalb der einzelnen Berggebiete stattfinden, die durch das Reichsarbeitsministerium einzuhalten sind.
7. Bessere Verteilung von Kohlen ist mit größtem Nachdruck entgegenzunehmen.

Am Nachmittag fand dann eine weitere Besprechung im engeren Kreise zwischen dem Reichsarbeitsministerium und den Vertretern der Bergleute, die sich mit der Frage befaßte, welche Lebensmittellieferungen für die Bergleute in erster Linie in Betracht kommen.

Die Vertreter der Bergarbeiter forderten eine Mehrlieferung an Brot und Mehl. Es wurde auch der Wunsch geäußert, verschiedene Sorten Mehl zu erhalten, um den infolge des schlechten Brotes erkrankten Bergarbeitern Weizenbrot liefern zu können. Weiterhin wurde die Forderung gestellt, daß die Margarine besserer Qualität sein soll, als die jetzt gebräuchliche. In Stelle des Weizenmehls und der Konserven soll, soweit dies möglich ist, Getreidemehl treten. Auch müsse für eine ausreichende Versorgung mit Hartweizen, mit deren Lieferung es in letzter Zeit besonders schlecht bestellt war, gesorgt werden. Weiter wurde eine bessere Organisation der Lebensmittel- und Mehlversorgung verlangt. Besonders soll auf die Beseitigung der Gemehnschaftsbäckereien Rücksicht genommen werden.

In der Aussprache beteiligten sich Tambusch, ferner Schmidt von unserem Verband, Schmidt von den Reichs- und Provinzialen Gewerkschaften und der Vorsitzende der Städtevereinigung des Ruhrgebietes, Oberbürgermeister v. Weidner-Geskenhagen. Es wurde betont, daß die Erhaltung des Kohlenabkommens durchaus abhängig sei von einer ausreichenden Lieferung der Bergarbeiter mit Brot und Mehl. Gegenwärtig seien die Ernährungsvoraussetzungen der Bergarbeiter im Ruhrgebiet besonders tragisch. An einigen Orten gebe es überhaupt kein Brot, an anderen kaum genügender Gemisch von Brot aus Getreidemehl. Die Forderung der Ruhrbergarbeiter sei: Erst Brot, dann Kohle!

Recht Einmütig und Selbstbestimmung tun not.

Nachdem die Konferenz unseres Verbandes vorüber ist, möchte ich die Einmütigkeit, die dieselbe auf sich und andere Kameraden gemacht hat, kurz wiedergeben. Die Betriebsräte und Vertrauensleute sollen die Befugnisse der Bergarbeiter sein, der Obmann der Besatzung dieser Betriebe. Leider muß man aber immer wieder die Wahrnehmung machen, daß es einem Teil aus dieser Ersten der Arbeiterklasse noch nicht gegeben ist, die Bedeutung einer solchen Konferenz zu unterrichten von einer Mitgliedschaft oder Delegiertenversammlung. Es ist deshalb unbedingt nötig, daß wir uns beherzigen lernen, auch wenn die Meinungen nicht übereinstimmen sollten, denn gerade die Betriebsräte und Vertrauensleute sind dazu berufen, die Würde und damit unseren ganzen Stand wieder zu der Achtung zu bringen, die er einmal besessen hat. Das können wir aber nur, wenn wir unseren Kameraden ein Vorbild sind.

Manchem Kameraden, der an der Konferenz teilnahm, möchte ich zurufen: achte die parlamentarischen Formen, damit wir was von der Öffentlichkeit nicht selbst degradieren. Also, mehr Selbstbeherrschung und Annahme der parlamentarischen Ordnung; dann würdigen wir uns selbst und damit die ganze Bergarbeiterklasse.

Weiter sei einem auf, wie kurzschichtig mancher die überaus ernste Situation überhaupte. Ich möchte einen Vergleich anstellen mit einem Mann, der einen kleinen Garten hat und nur diesen und seine Früchte liebt, dabei aber die Augen verschließt gegen seine Nachbarn, die heute-herauf nach den Früchten trachten. Kameraden, lernen wir deshalb einen größeren Gesichtskreis zu bekommen und bei schwerwiegenden Entscheidungen nicht nur die Lage von unserm Standpunkt aus zu betrachten, sondern auch die Forderungen, die unsere Nachbarn aus den Erntefrüchten ziehen, mit in Rechnung zu stellen, denn wir sind nun einmal von denen abhängig; dann werden wir das Richtige treffen zum Wohle unseres Landes und unserer Kameraden. Walter Guberman, Lina.

Aus der kommunistisch-syndikalistischen Herangehensweise.

An die gesamten Bergarbeiter richtet sich ein großes Plakat der „Freien Arbeiter-Union“. Sie heißen: „Freie Arbeiter-Union“. Was von dieser „Freien Arbeiter-Union“ zu halten ist, das haben wir auch in Nr. 30 der „Bergarb.-Ztg.“ gezeigt. Das ergibt sich auch aus dem vorliegenden Plakat. Darin wird zunächst die unzureichende Bewahrung aufgestellt, die Lieferung von 2 Millionen Tonnen Kohlen sei von den deutschen Bergarbeitern in dem Augenblick für möglich erklärt worden, als die Entente bereit gewesen sei, für jede Tonne 5 Goldmark über den Inlandspreis zu zahlen, um die Profitrate des Grubenkapitals zu erhöhen. In Wirklichkeit sind die 5 Goldmark bewilligt worden für eine bessere Ernährung der deutschen Bergarbeiter, damit die Kohlenförderung erhöht werden kann. Außerdem soll noch eine Anleihe zur Bekleidung der Bergarbeiter gegeben werden.

Was über Arbeitsvertragsabkommen und Schlichterlängerung gesagt wird, steht auf barem Wasser. Es ist ein Gerücht - ins Blaue hinein. Eine Forderung ist nicht die Agent der Regierung und will auch die Bergarbeiter nicht durch Hunger zu Übergriffen zwingen. Diese Behauptung ist absurd. Verhandlungen über Ausdehnung oder Verlängerung der Schlichterzeit haben nicht stattgefunden. Die Antwort auf alle diese Ansprüche hat die Betriebsräte- und Vertrauensmännerkonferenz für das Ruhrgebiet am 2. Juli gegeben. Einmütig ist dort die Haltung der Bergarbeitervertreter in Spa und der Verbandsleitung gutgeheißen worden.

Was Gerüchte über die verräterischen Richtlinien zum Betriebsrätegesetz ist von keiner Sachkenntnis getrieben und es wird sogar zugestanden. Wir lesen da: „Im Einzelnen kann hier auf die Punkte nicht eingegangen werden.“ Warum kann auf die Punkte nicht eingegangen werden? Ganz einfach, weil es dazu an Sachkenntnis mangelt! Unsere Betriebsräte kennen das Betriebsrätegesetz und auch die Richtlinien, und sie wissen darum, was von dem kommunistisch-syndikalistischen Gerücht zu halten ist.

Die gleiche Unwissenheit zeigt das Gerücht über den zehnprozentigen Steuerabzug. Das Steuergesetz sowohl als seine Ergänzung ist den kommunistisch-syndikalistischen Forderungen ein Stein im Weg. So entstehen Gerüchte. Trotzdem gehören sie ein: „Für den ganzen gleichmäßigen direkten Kampf gegen die Steuer auf der ganzen Linie ist es zu spät!“ Schließlich wird eine „Abproben“ angekündigt, um die Arbeiter vor den verräterischen „Wirkungen“ der hohen Steuererhöhung zu retten. Daß dadurch wieder höhere Preissteigerungen ausgehört würden, wird ganz übersehen. Die Forderung ist verwerfen werden von der „Freien Arbeiter-Union“.

Damit schließt das Plakat und läßt viele Fragen unbeantwortet. Zunächst: Wer ist die „Freie Arbeiter-Union“? Es gibt sehr viele kommunistisch-syndikalistische Organisationen, die sich so nennen. So entstehen dann die weiteren Fragen: Welches ist die richtige? Wie weit geht deren Machtwort? Ist sie befähigt und hat genug, um überhaupt Forderungen vertreten zu können? Diese Fragen werden in dem Plakat nicht einmal berührt, geschweige denn beantwortet. Das Plakat selbst aber zeigt von einer geradezu gemeingefährlichen Unwissenheit und Aufregung. Damit läßt sich kein Hund hinter dem Ofen hervorlocken.

Kommunistisch-syndikalistische Überwältigung.

Bei Ausbruch der Revolution erschienen bekanntlich allenthalben auf einmal Leute auf dem Plan, die ihr ein und alles einsehen für das Wohl ihrer Mitmenschen. Zuerstbarter Weise hatte man von diesen Überwältigern unter dem alten Regime nie etwas gehört. Viele dieser, die sich andrücken und alles besser wußten, die alle kämpfer mit Schmutz bewarfen, die dem Proletariat herantreten ihr Arbeitsmittel als Volksbeglückender darbieten, hatten es bis dahin vorgezogen, sich von der gelben Grubenlöhne des Unternehmers bezeichnen zu lassen. An manchen Orten ging es sehr verhält, an anderen sehr toll zu. Auch die Belegschaft der Zeche Wessalen in Köln hatte unter diesen Herrlichkeiten sehr zu leiden und ließ sich von solchen Grubenlöhnen einfangen.

Am 1. August 1920 fand eine Besprechung statt, unter Leitung des Syndikalisten Nahn, war die Schaffung von Lebensmitteln für die Belegschaft übertragen. Von wem, ist bis jetzt noch rätselhaft. Alle Land-

wirte, welche Kohlen und sonstiges von der Zeche benötigten, mußten erst für die Belegschaftsmittel beim Betriebsauschuß ihren Dolus an Lebensmitteln abgeben. Dagegen wäre nichts einzunehmen gewesen, wenn diese Lebensmittel zum Selbstkostenpreis wieder an die Belegschaftsmittel abgegeben wurden. Aber der Betriebsauschuß brauchte Geld: Zigarren, Schnaps und anderes mehr; Reisen und Konferenzen mußten bezahlt werden, und so schickte man einfach die Belegschaftsmittel, schlug das Nötige auf die Waren und der Betriebsauschuß grübelte sich auf diese Weise eine Betriebsratskasse, aus der einfach der ganze Klumpfuß bestritten wurde.

In einer Belegschaftsversammlung, welche am 27. 6. stattfand, kam die ganze Geschichte zum Tragen und die, welche sich im vorigen Jahre von diesen Gimpelkängern hatten einsehen lassen, standen mit langen Gesichtern da. Da diese, die im vorigen Jahre nicht laut genug „Gottanna“ rufen konnten, schrien heute „Kreuziget ihn, Kreuziget ihn“. In einer persönlichen Unterredung meinte Zahn ganz lässig, der § 34 des Betriebsrätegesetzes gefalte ihm eine solche Geschäftsführung. Soll man bei solch einer Geschäftsabwicklung nicht gleich Hirschbaum schlagen? § 34 aber nicht, daß sich die Geschäftsführung des Betriebsrats bis auf die Taschen der Belegschaftsmittel ausdehnen soll.

Was sagt nun Kommer zu der Sache? Kommer sagt unter Zeugen, daß die volle Hagarrenkiste zur Geschäftsführung des Betriebsauschusses gehöre; er sagt weiter: die 500 Mk., die bei der Geburtstagsfeier des technischen Betriebsratsmitgliedes in Eler, Schinken und Sekt verknallt worden sind, seien aus der Betriebsratskasse gedeckt. Es liegt uns ein Brief Kommers vor, in dem gesagt wird, bei der letzten Betriebsratswahl wurden zwei Liter Schnaps verbeizt; auch diese wurden aus der Betriebsratskasse gedeckt. Wie Kommer in seinem Brief sagt, will er all dieses und noch mancher andere an Gerichtsstelle unter Eid bekunden.

Auch Reisen und Konferenzen wurden aus derselben Kasse bezahlt. Heller erhielt 500 Mk. zur Wahrnehmung eines Termins am außerordentlichen Kriegsgericht in Münster, 300 Mk. erhielt der Reichsanwalt, 250 Mark wurden von Heller auf den Kopf geschlagen, welches er ja auch selbst zugibt. Woher dieses Geld kommt, darüber ist man sich noch nicht recht klar. Es aus der Betriebskasse oder aus den Sammelgeldern der Belegschaftsmittel. „Ja“, meint Heller, „wenn ich nach Münster gehe, will ich auch leben, und Münster hat teures Wasser“.

Auf einer wüsten Betriebsratskonferenz in Kamen rief Zahn mit Pathos: „So lange wir den Kommer aus dem Betriebsauschuß los sind, werden wir mit der Verwaltung sehr gut fertig und mit dem Herrn Professor kommen wir recht gut aus! Kommer konnte nichts anderes, wie zum Verbandsvorstand schreiben und der Zeche Schreibereien machen. Das hört jetzt wenigstens auf!“

Was sagt nun die Verwaltung der Zeche Wessalen zu der Geschichte? Wir gestatten uns an dieser Stelle folgende Anfragen: Wurde die Gewerkschaft, daß die Belegschaft auf diese Weise durch den Betriebsauschuß gefährdet wurde? Wurde diese, daß eine derartige Betriebsratskasse bestand und was tat sie zu deren Beseitigung?

Die Sache wurde bis in letzter Stunde so geheim gehalten, daß selbst der vor etwa drei Monaten neu gewählte Betriebsrat keine Ahnung von dem Bestehen einer solchen Betriebsratskasse hatte. Wir müssen nun fordern, daß alle diejenigen, die an dieser Sache beteiligt oder dafür verantwortlich sind, zur Rechenschaft gezogen werden. Diese kommunistisch-syndikalistische Überwältigung ist geeignet, nicht nur das Schlimme der Betriebsräte, sondern auch die Bergarbeiter in Verfall zu bringen.

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Betriebsräte-Konferenz für das Lugau-Deisnitzer Kohlenrevier.

Eine starkbesuchte Betriebsrätekonferenz fand am 22. Juli in Deisnitz statt. Sein erster Punkt wurde zunächst verhandelt: Vereinfachung des Verkaufes von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln auf den Werken. Nach ausgiebiger Behandlung dieses Punktes wurde einstimmig beschlossen, die restliche Befestigung dieser Artzeugsicherung sofort in die Wege zu setzen. Da die Bergarbeiter bei der heute noch bestehenden allgemeinen Lebensmittel- und Bedarfsartikelknappheit auf die verschiedenen Sonderzuweisungen nicht verzichten können, wurde einstimmig beschlossen, die Verteilung dieser Zuweisungen dem Konsumverein zu übertragen. Eine Kommission, bestehend aus der Bezirksleitung unseres Verbandes, dem Geschäftsführer des Konsumvereins Gröbner und Umgegen, Emil Sübner und Wilhelm Altes-Deisnitz, sowie eines Mitgliedes der Betriebsräte jedes Werkes werden die nötigen Vorarbeiten sofort in die Wege zu setzen.

Der Kamerad War Uhlmann streifte dann kurz die allgemeine Lage im Revier. Verurteilung fand hierbei eine Note, welche durch die ganze bürgerliche Presse geht und allgemeine Beunruhigung hervorgerufen hat: Forderung der Reichsregierung zur Kohlenpreiserhöhung. — Den Bergarbeitern müde man Abbau der Kohle zu — zu gleicher Zeit aber fordert man Kohlenpreiserhöhung. Folgende Entschlieung wurde dazu einstimmig angenommen:

Bei den letzten Lohnverhandlungen des Tarifauschusses der Bezirksgruppe Sachsen erklärten die Vertreter des Bergbauischen Vereines und befristeten dies auch durch Kundgebungen in der Presse, daß in Anbetracht der Tatsache, daß die Inlandpreise die Höhe der Weltmarktpreise erreicht oder teilweise schon überschritten hätten, eine weitere Steigerung der Löhne nicht mehr möglich sei ohne große Schädigung unseres Wirtschaftslebens. Die Bergarbeiter des Lugau-Deisnitzer Reviers erklären die Begründung dieser Erklärung teilweise an, halten es aber für ihre Pflicht, darauf hinzuwirken, daß erste Voraussetzungen für die Beibehaltung des jetzigen Lohnes eine Verbilligung der Lebenshaltung ist. Bei den heutigen Preisen für Lebensmittel, Kleidung, Schuhe, Möbel — hinzuzurechnen den Steuerabzug — ist es den Bergarbeitern leider nicht möglich, auf weitere Lohnherabsetzungen zu verzichten. Die Vertreter der Bergarbeiter verurteilen jedweden Versuch, richten aber an die sächsische Regierung die dringende Bitte, eine Verbilligung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel auf schnellstem Wege herbeizuführen.

Anschließend hielt Franz-Chemnitz einen Vortrag über „Aufbau des Rätebundes auf wirtschaftlicher und gewerkschaftlicher Grundlage“. Auch darüber fand eine rege Aussprache statt und wurde einstimmig bekräftigt, daß der Aufbau des wirtschaftlichen Rätebundes nun in die Wege geleitet werden soll. Beauftragt wurde die Bezirksleitung unseres Verbandes in Verbindung mit der Geschäftsleitung des Metallarbeiterverbandes in Lugau unter Zuzahl von 3 Bergarbeitern, 2 Metallarbeitern, 1 Seizer und 1 Reichsmitglied sowie eines Vertreters der Beamtenchaft. Die Kommission wird sich nun sofort mit den übrigen Organisationen sowie den noch in Frage kommenden Gewerkschaftsartikeln in Verbindung setzen, um so die Vorarbeiten fertigzustellen. Hoffen wir, daß aus diesem Aufbau für die gesamte Arbeiterschaft nur Ersprießliches erwächst, alle Verschönerungen vermieden und eine einheitliche Front der Arbeiterschaft hergestellt wird. Sondergruppen und Sonderbestimmungen dürfen hier keinen Platz finden.

Konferenz der mitteldeutschen Braunkohlenbergarbeiter.

Am 25. Juli tagte in Halle eine Konferenz der Vertreter der Braunkohlenbergarbeiter aus allen Reichs- und Mitteldeutschen, um Stellung zu nehmen zu den schwebenden Lohnfragen. Der Konferenz, die von etwa 450 Delegierten besucht war, ging eine Urabstimmung darüber voraus, ob ein Schlichtergericht angerufen oder in den Streit getreten werden soll. An der Abstimmung betreffend Schlichtergericht beteiligten sich 21001 Bergarbeiter, davon stimmten für Schlichtergericht 2198, dagegen 18905 für einen Streit erklärten sich 4908, dagegen 2142 Bergarbeiter. Nicht abgestimmt haben von allen Belegschaften 66450 Bergarbeiter. Vom Hauptvorstand nahm der Vorsitzende Aufmann an der Konferenz teil.

Nach einer längeren Aussprache, in der man sich für und gegen den Streit ausgesprochen hatte, schloß sich die Konferenz den Ausführungen von Aufmann und Unbenisch fast einstimmig an. Mit etwa 450 gegen 7 Stimmen wurde eine Entschlieung angenommen, nach der ein unbedingt zusammenzutretendes Schlichtergericht unter dem Vorherrsche des Reichsarbeitsministeriums einen Schlichterpruch fällen soll. Dieses Schlichtergericht trat bereits am folgenden Montag zusammen, das unter Vorsitz des Vertreters des Reichsarbeitsministeriums, Dr. Tiburtius, folgenden Schlichterpruch fällte:

1. Auf die Schlichterentscheidung der Lohnsätze des Tarifvertrages vom 17. April 1920 wird eine Zulage von 3 Mk. für jede Schicht gewährt. Für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter beträgt die Zulage 1,80 Mk.
2. Für die Gebirgsarbeiter werden die Mindestlohnhöhe zugängig der gemäß § 6, 3 des Tarifvertrages zugesicherten Gehinlagen um den gleichen Betrag erhöht. Soweit der tatsächlich verbiente Gehinlohn diesen Satz übersteigt, tritt keine Lohnherabsetzung ein.
3. Das Kindergeld wird um 1 Mk. erhöht, das Hauszahlungsgeid für die männlichen Arbeiter um 1 Mk., für die weiblichen um 50 Pf.
4. Die gemäß Ziffer 1-3 zu gewährenden Zulagen treten ab 1. Juni 1920 in Kraft. Die Auszahlung für die rückwärtige Zeit soll bis zum 6. August 1920 erfolgt sein.
5. Arbeitsverhältnisse, die seit Wählung der Arbeiterschaft im Zusammenhang mit der Lohnbewegung erfolgt sind, gelten nicht als Unterbrechung der Arbeit.

6. Mit diesem Schlichterpruch tritt die am 3. Juli 1920 getroffene Vereinbarung außer Kraft.

Eine Erhöhung des Kohlenpreises soll vermieden werden. Die Gebinlagen sollen aus Anlaß dieser Abmachung nicht gekündigt werden. Der Schlichteranspruch entnimmt den Ausführungen aller Parteien, daß sie zur Durchführung der Punkte 1-4 des Schlichterpruches für die Reichs- und Mitteldeutschen, Jork (Niederdeutsch), Rassel, Grimma und Grube Gustav die Gewährung einer entsprechenden wirtschaftlichen Hilfestellung für erforderlich ansehen.

Die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden bei den für die Kohlenwirtschaft erforderlichen Stellen die für diese Hilfestellung nötigen Maßnahmen unverzüglich beantragen. Der Schlichteranspruch wird den zuständigen Stellen sofort den Schlichterpruch nebst folgender protokolllarischer Anmerkung zuleiten: „Am Sonntag, den 1. August, wird eine Konferenz der Bergarbeiter zu diesem Schlichterpruch Stellung nehmen. Es liegt begründete Hoffnung vor, daß die Bergarbeiter, wenn auch alle Wünsche nicht erfüllt sind, angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage, in der wir uns befinden, diesen Schlichterpruch anerkennen, so daß es nicht zu Störungen der Produktion kommen dürfte. Die Arbeitgeber werden ebenfalls in den nächsten Tagen Stellung zu dem Schlichterpruch nehmen.“

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Entwicklung des Bergarbeiterverbandes in Oberschlesien im ersten Halbjahr 1920.

Der alte Verband der Bergarbeiter wurde schon so oft als tot erklärt, namentlich von Adamel und seinen Komplizen, daß es fast gar nicht mehr lohnt, auf diese unwahren Behauptungen einzugehen. Der Totgeglaubte lebt immer lange, sagt der Volksmund. Unsere Gegner, wie Adamel und Konsorten forcierte die Agitatoren der polnischen Berufsvereine, haben mit dem durch den Ungelassen des christlichen Berufsvereines Eidenbach gefälligen Werberbrief viel Unheil in unsern Reihen angerichtet, was nicht abzustellen ist. Haupttäglich Adamel hat durch diesen schwindelhaften Trick seine Reihen geklärt, was aber nicht von langer Dauer sein kann. Er behauptet in der letzten Zeit, daß er die 40.000. Nummer in seiner Bücherei ausgestellt habe. Wieviel aber seit 1918 wieder davon gekauft, gekorben, zu anderen Verbänden übergetreten sind, sagt Adamel nicht. Er spekuliert immer auf die Dummheit eines Teiles des ober-schlesischen Volkes. Er wird schließlich mehr Nummern aufstellen, als Bergleute in Oberschlesien vorhanden sind, was schon die größeren Organisationen durchgemacht haben. Durch solche Angaben beweist Herr Adamel nur seine Klugheit im gewerkschaftlichen Leben.

Der totgesagte Bergarbeiterverband hat aber eine gute Entwicklung im ersten Halbjahr aufzuweisen, trotz aller Verleumdungen unserer Feinde. Seine Einnahme betrug: Januar 47.671,- Mk., Februar 55.015,55 Mk., März 65.235,45 Mk., April 62.095,- Mk., Mai 92.775,25 Mk., Juni 111.747,60 Mk. Im April ist die Einnahme niedriger, weil 2800 Mitglieder aus dem südsächsischen Revieren an die Tschecho-Slowakei abgetrennt werden mußten. Diese Kameraden sind böse heringefallen. Der Verdienst ist nach der Abrechnung um die Hälfte gesunken und die Lebensmittel sind teurer wie vor dem. Jedes Obdachloses, jeder Zohnmutter Stachelbeertrauch wird von den Zechearbeiter verschwendet werden. Sie sollen nach Polen. Kameraden! Wehrt euch, so lange ihr noch die Macht habt! Werft die polnischen Agitatoren, welche aus Polen, Bremen usw. zu euch kommen und euch das polnische Paradies predigen, zum Teufel hinaus! Hört nicht auf diese gutbezahlten Schwindler.

Die Vermittlung liegt auch unter den ober-schlesischen Bergarbeitern. Es sind von der polnischen Berufsvereine und von dem Verbands des Herrn Adamel im 1. Vierteljahr 296 und im 2. Vierteljahr 656 Kameraden zu unserem Verbands übergetreten. Wir geben die Zahlen an, die wir tatsächlich haben, und schwindeln nicht das Blaue vom Himmel herunter, wie es Herr Adamel versucht. Vom 1. Januar bis 30. Juni 1920 haben wir 1100 Neueintritte, ausschließlich der Uebertritte, zu verzeichnen. So sieht unser totgesagter Bergarbeiterverband aus. Da müßte schon andere Faktoren kommen, um unseren Verband niedrigeren zu können. Was sagen Sie, Herr Adamel, zu dieser Entwicklung unseres Verbandes? Da hilft Ihnen ein gefälliger Brief nicht mehr. Unser Verband geht über Ihren Verband hinaus, mögen Sie schimpfen und lächeln, was Sie wollen.

Kameraden! Werft euch die Agitationsweise unserer Gegner, welche euch nach Polen verschleppen wollen. Sie wollen alle Bergleute, Berginspektoren und Bürgermänner spielen. In jeder ober-schlesischen Gemeinde haben sie die Rollen unter sich verteilt. Macht ihnen einen biden Strich durch die Rechnung. Reicht ihnen die Entwicklung unseres Verbandes unter die Nase. Sie sollen sehen, daß wir einem Kerlchen, imperialistischen Staatsgebilde nicht angehören wollen, wo der Reichs regiert und der Arbeiter als Kommunist verschrien, ins Gefängnis oder in ein Internierungslager abgeführt wird.

Polnische Berufsvereine für Polen.

Mitglieder der polnischen Berufsvereine haben für Polen Agitation betrieben. Wenn sie gegen Polen Agitation betreiben, fliegen sie hinaus, wie folgendes Schreiben beweist:

„Gieschewald, den 12. Juli 1920.

Hiermit wird dem Herrn Peter Marona mitgeteilt, daß er aus Organisation, polnische Berufsvereine Abteilung Bergarbeiter, ausgeschlossen sei und alle Rechte verloren hat. Grund: Betreibt Agitation gegen Polen.

Der Vorstand der Jaghelle Gieschewald. Emil Fuß.“

In der polnischen Berufsvereine hat also der Vertrauensmann das Recht, andersdenkende Mitglieder auszuschließen. Das ist eine schöne Wirtschaft. Die ober-schlesischen Bergleute tun darum wohl am besten, wenn sie von selbst die Reihen dieser Organisation verlassen, welche sie für die alten polnischen und feudalen Zustände dienstbar machen tollt.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 32. Woche (vom 2. bis 7. August 1920) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Jedes Mitglied ist auch verpflichtet, die Mitgliederversammlungen regelmäßig zu besuchen.

Das Mitgliedsbuch, Hauptnummer 625 585, Martin Kolbe-Freund, geboren am 3. 11. 1869, eingetreten am 17. 11. 1918, Jaghelle Stüttingen, ist gekündigt worden. Vor Mißbrauch wird gewarnt.

Bücherevisionen.

Die Mitglieder werden gebeten, die Mitgliedsbücher bereit zu halten, um den Revisionen die Arbeit zu erleichtern.

Cafroy II. Vom 1. bis 15. August.

Cafroy III. Vom 15. August bis 1. September.

Krankenunterstützungs-Auszahlung.

Ostsch.-Zeininghausen. Jeden letzten Sonntag im Monat vom 10-12 Uhr, unter Vorlegung des Krankenbuchs und Mitgliedsbuches. Persönlich erscheinen.

Lugau. Nur Mittwoch.

Adressenänderungen.

Schmidtsdorf. Vom 8. bis 22. August übernimmt die Vertretung des Kameraden Grünher der Kamerad Ernst Hager, Vorstraße 23a. Es wird ersucht, während dieser Zeit alle dringenden Angelegenheiten zu erledigen. Die Ortsverwaltung.

Lugau. Kassierer: M. Gerlach, Zollb. Nr. 5 I.

Wesentlich wird: Seit der Schlacht bei Combaes am 20. 9. 16. der Musterier Tomes vom 8. Niederst. Inf.-Regt. Nr. 60. Nachrichtlich erbeten an Weigel Tomes, Kamen i. W., Westf. 46.

Protokoll

der Verhandlungen des 10. Kongresses der Gewerkschaft Deutschlands

zum Preise von 7 Mark für Verbandsmitglieder von uns zu beziehen.